

# OA-UPDATE SANKTIONEN

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

nach dem Sanktionspaket ist vor dem Sanktionspaket: Nach aktuellen Medienberichten haben in Brüssel bereits die Gespräche zu einem weiteren Paket mit Maßnahmen gegen Russland begonnen. Das dann 13. Sanktionspaket soll anlässlich des zweiten Jahrestages des Angriffs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2024 vorgelegt werden. Erwogen wird unter anderem eine Ausweitung von EU-Sanktionen im Aluminiumbereich.

Vorangekommen ist die EU zudem bei den Diskussionen um eine Nutzung eingefrorener russischer Gelder für den Wiederaufbau der Ukraine. Während eine Enteignung von Geld und Besitz rechtlich und strategisch weiterhin auf sehr große Vorbehalte trifft, scheint sich ein Konsens zur Abschöpfung der Zinserträge eingefrorener Gelder herauszubilden. Unterdessen wirbt ein litauischer Think Tank für die Idee, EU-Handelsgeschäfte mit Russland pauschal mit fünf Prozent zu besteuern und das erhobene Geld der Ukraine zur Verfügung zu stellen. Auch über Sanktionen auf russische Lebensmittel und eine Blockade russischen Flüssiggases (LNG) wird diskutiert.

Weiterhin vielfältige Kritik gibt es an Lücken bei der Sanktionskontrolle. Die EU hat dazu jetzt ein „Whistleblower-Tool“ freigeschaltet, um anonyme Hinweise auf Sanktionsumgehungen zu erleichtern. In Russland verstärkt die russische Duma den wirtschaftlichen Druck auf Kriegskritiker im Lande. Diese sollen mit einem neuen Gesetz nun auch enteignet werden können.

Die Ende Dezember in den USA neu eingeführten Sekundärsanktionen gegen internationale Banken, die Geschäfte mit sanktionierten Waren ermöglichen, zeigen offenbar Wirkung in China und der Türkei, werden allerdings unter anderem von Maßnahmen der türkischen Regierung abgeschwächt, so aktuelle Berichte.

Diese und viele weitere Meldungen und Übersichten finden Sie im neuen Ost-Ausschuss-Sanktionsupdate. Wie immer freuen wir uns dazu über Ihr Feedback und Hinweise!

**OA-Update 2024/02**  
**Stand: 31. Januar**

## Inhalte

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

## 1. Ost-Ausschuss

---

### Neujahrsempfang des Ost-Ausschusses

Über 250 Gäste nahmen am 23. Januar am Neujahrsempfang des Ost-Ausschusses im Berliner Amplifier auf dem ehemaligen AEG-Gelände in Berlin-Wedding teil. Gastredner war Bundesfinanzminister Christian Lindner, der der deutschen Wirtschaft für ihre Bereitschaft dankte, zur Verteidigung der europäischen Werte und einer freien Ukraine Einbußen infolge der Sanktionen in Kauf zu nehmen. „Ein Wohlstand von Putins Gnaden wäre auch wertlos, denn wir würden unsere Selbstachtung verlieren und die europäische Friedensordnung als Ganzes infrage stellen“, so Lindner, der gleichzeitig mehr finanzielles Engagement von den EU-Partnerländern für die Ukraine forderte. Die Ost-Ausschuss-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser betonte das Engagement des Verbands für den Wiederaufbau in der Ukraine. „Wir sind hier beispielsweise mit unserem Service Desk Ukraine und einer großen Arbeitsgruppe in ständigem Kontakt mit ukrainischen Stellen und der Bundesregierung und wollen mit ihnen gemeinsam die Wiederaufbaukonferenz im Juni 2024 in Berlin zum Erfolg führen.“

Hier finden Sie den vollständigen Bericht zum Neujahrsempfang:

[Klares Bekenntnis zur Unterstützung der Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 2. Deutschland

---

### **Milliarden-Überschuss im Handel mit Russland**

Der Handel zwischen Deutschland und Russland ist 2023 auf einen neuen Tiefstand gesunken, dies meldet Business Insider aufgrund erster Berechnungen für den deutsch-russischen Außenhandel im Gesamtjahr 2023. Deutschlands Importe aus Russland brachen demnach um 90 Prozent ein. Die deutschen Exporte nach Russland gingen noch einmal um rund 40 Prozent zurück. Im Vergleich zum Vorkriegsjahr 2021 ist der Handel damit um zwei Drittel geschrumpft. Die finale Berechnung wird der Ost-Ausschuss Anfang Februar vorlegen.

Deutschland bezog aus Russland nach derzeitigem Auswertungsstand 2023 nur noch Waren im Wert von 3,5 Milliarden Euro. Vor Russlands Überfall auf die Ukraine waren es mehr als 30 Milliarden Euro. Nach Russland lieferten deutsche Unternehmen noch Güter für knapp neun Milliarden Euro. Den Großteil machten dabei Arzneimittel, medizinische Geräte oder Lebensmittel aus, deren Exporte von der EU nicht sanktioniert werden.

[Deutscher Handel mit Russland kollabiert – erste Zahlen für 2023 - Business Insider](#)

-----  
**ZDF:**

### **Deutsche Luxusautos gelangen weiterhin nach Russland**

Seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine ist der Export von Pkw, die mehr als 50.000 Euro kosten, nach Russland laut EU-Sanktionen verboten. Dennoch seien russische Telegram-Kanäle voll mit Angeboten deutscher Luxusautos. Dies berichtet das ZDF in einer Reportage. Die Autos würden quer durch Europa bis an die Außengrenzen transportiert, von Deutschland über Polen und Litauen nach Belarus. Schließlich landeten sie von dort aus in Russland.

Auch für Belarus sind EU-Sanktionen in Kraft, diese seien aber anders zugeschnitten, sagt der Sanktionsforscher Christian von Soest vom German Institute for Global and Area Studies GIGA, der kürzlich ein Buch zur Wirkung von internationalen Sanktionen vorstellte. So sei der Export von Luxusgütern und hochpreisigen Sportwagen nach Belarus weiter möglich. Diese Unterschiede in den Sanktionsregimen machten sich die Autoschieber zunutze und verdienten dadurch mit deutschen Fahrzeugen trotz Krieg und Sanktionen viel Geld in Russland.

An der litauisch-belarussischen Grenze lassen sich laut ZDF zahlreiche Fahrer beobachten, die Autos über die Grenze bringen. Aber alle behaupteten, sie würden die Fahrzeuge nur bis nach Belarus und nicht weiter bringen. Was danach mit ihnen geschehe, wisse keiner.

BMW, Mercedes, Porsche und Volkswagen betonten auf Nachfrage von ZDF frontal, es sei ihnen wichtig, dass Sanktionen eingehalten würden. Dazu gäbe es klare Regeln für ihre Händler. Es sei jedoch nicht in jedem Einzelfall möglich zu kontrollieren, wo die Fahrzeuge am Ende landeten.

[Schmuggel trotz Sanktionen: Deutsche Luxusautos für Russland - ZDFheute](#)

## Chinesische VW in russischen Autohäusern

Während VW sein Russland-Geschäft schon vor Monaten eingestellt hat, tauchen laut einem Bericht der Berliner Zeitung derzeit wieder Autos der Marke VW in russischen Autohäusern auf. Offenbar stammen viele von ihnen aus chinesischer Produktion. Die etablierten Handelsrouten zwischen China und Russland seien zu stark, der Einfluss von Volkswagen in China dagegen durch Joint Ventures mit staatlichen chinesischen Autoherstellern begrenzt, schreibt die Zeitung.

Schwierigkeiten bei der Exportkontrolle führten dazu, dass manche Autohändler in Russland ihre Käufer bewusst täuschten. Der „offizielle“ Verkauf von „deutschen“ Jetta-Autos made in China habe in Tscheljabinsk begonnen, warben russische Automobilportale Mitte Dezember des letzten Jahres. Die Lieferungen nach Russland werden nun über den „offiziellen“ Vertriebspartner „FAW – Osteuropa“ mit Sitz in Russland organisiert, heißt es. Angeboten werden die Polo-Limousine der deutschen Marke – Jetta VA3 – sowie zwei SUV-Modelle, VS5 und VS7, alle von FAW-Volkswagen hergestellt.

Eine Nachfrage der Zeitung in Wolfsburg ergab, dass es keine „offizielle“ Partnerschaft mit „FAW – Osteuropa“ gibt. „Volkswagen hält sich an die internationalen Gesetze und Vorschriften“, bekräftigt der VW-Sprecher Christoph Ludewig auf Anfrage der Zeitung. „Es werden von der Volkswagen Group China und den Joint-Venture-Gesellschaften keine Autos nach Russland exportiert.“ Dennoch könnten Fahrzeuge über nicht genehmigte Kanäle bzw. „den grauen Markt“ immer noch nach Russland gelangen, erklärt der VW-Sprecher und versichert: „Die Volkswagen Group China tut alles in ihrer Macht Stehende, um diesen unerlaubten Handel zu verhindern“. Geschäftspartner, die erwiesenermaßen gegen „unsere Geschäftsprinzipien“ verstoßen, werden nicht mehr mit Fahrzeugen beliefert.

Dass die „Deutschen in östlichen Kleidungen“, wie russische Medien chinesische VW-Modelle nennen, ziemlich leicht nach Russland gelangen, mag auch daran liegen, dass die Handelsrouten künstlich verlängert werden, mutmaßt die Berliner Zeitung. China grenzt zwar unmittelbar an Russland, doch Länder wie Kirgisistan und Kasachstan sollen verstärkt als Zwischenstation für die Importe von Rohstoffen für die Leicht- und Automobilindustrie agieren, wie das unabhängige kirgisische Portal Kloop berichtete.

Günstig seien solche Autos für russische Verhältnisse allerdings nicht: Der Grundpreis für einen VW Tavendor beginne im Online-Handel mit 4.591.000 Rubel, oder umgerechnet 47.193 Euro – während er in China bei rund 42.000 Euro liege. In der mittleren Ausstattung koste das Auto schnell 6.208.000 Rubel, oder 63.910 Euro. Unklar bleibe, wie die Software-Systeme in den Autos funktionieren.

-----

## Vorwürfe aus der Ukraine gegen Münchener Firma

Die russische Rüstungsfirma Special Technological Center (STC) soll über Umwege westliche Elektronik-Komponenten für den Bau von militärischen Systemen beschafft haben. Eine ukrainische Hackergruppe hat eigenen Angaben zufolge interne Unterlagen von STC gestohlen, die den unerlaubten Transfer belegen sollen – darunter auch

angebliche Geschäfte mit Teilen des Münchener Unternehmens Rohde & Schwarz. Dies berichtete das Handelsblatt am 18. Januar. Demnach habe STC die Bauteile über eigens gegründete Zwischenfirmen in Drittstaaten in Europa, Asien und Amerika erworben und unter anderem für den Bau der Drohne Orlan-10 verwendet. Das ukrainische Internetportal Informnapalm hat einige der angeblichen STC-Dokumente veröffentlicht.

Die in St. Petersburg beheimatete STC steht auf Sanktionslisten in Europa und den USA, ein Verkauf von Teilen an die Firma wäre somit gesetzwidrig. Das russische Militär setzt Orlan-10 ein, um Stellungen der Ukraine auszukundschaften. Die von den Hackern erbeuteten Dokumente sollen zeigen, wie STC mithilfe sogenannter Parallelimporte trotz Sanktionen wichtige Bauteile aus dem Westen importiert. Dabei bestellt nicht der Hersteller die Teile, sondern Tarnfirmen in Drittstaaten. Über eine solche Lieferkette gelangen Bauteile in Länder, für die sie nie gedacht waren – mitunter auch ohne das Wissen der Produzenten.

Rohde & Schwarz teilte als Reaktion auf den Bericht der Hacker mit, es habe mit Beginn des Ukrainekriegs umgehend „seine Geschäftsbeziehungen nach Russland beendet“. Das Unternehmen habe seit Kriegsbeginn keine Produkte nach Russland, an PT Electronics oder an eine der anderen Firmen aus den Dokumenten exportiert. Für Rohde & Schwarz sei es „selbstverständlich, sich jederzeit streng an geltende Vorschriften und Gesetze zu halten“. Geschäfte mit Russland sind den Managern von Rohde & Schwarz auch aus einem anderen Grund verboten: Im November 2022 hatte die russische Regierung ihren Unternehmen eine Zusammenarbeit mit 74 Unternehmen aus dem Ausland untersagt. Auf der Liste befindet sich auch Rohde & Schwarz.

[Rüstungsindustrie: Hacker werfen Rohde & Schwarz Sanktionsbruch vor \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com)

-----

### **KSE: Neue Analyse zu Sanktionsumgehungen**

Westliche Sanktionen gegen Technologieexporte nach Russland seien weitgehend gescheitert, da ein Drittel der Importe, die zur Herstellung neuer Waffen verwendet werden, von westlichen Unternehmen stammten, schreibt die Kyiv School of Economics (KSE) in einer aktuellen Analyse. Die Komponenten gelangten über „befreundete Länder“ nach Russland.

„Die Behörden der Koalition müssen sich mit der Rolle von Zwischenhändlern aus Drittländern bei der Umgehung von Ausfuhrkontrollen befassen, darunter China, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate. Sie können dies tun, indem sie Sanktionen gegen Einrichtungen verhängen, die nachweislich Verstöße gegen Ausfuhrkontrollen erleichtern, an denen Unternehmen oder Einzelpersonen aus den Koalitionsländern beteiligt sind“, so die KSE. Aus der Studie geht hervor, dass Hongkong ein besonders wichtiger Knotenpunkt in diesem Handel ist.

Nach Schätzungen von KSE wurden im vergangenen Jahr kritische Gefechtsfeldkomponenten im Wert von 7,3 Milliarden Dollar von Unternehmen mit Sitz in den USA und ihren Verbündeten ins Ausland geliefert. Der größte Teil der Technologie

kommt laut einem Bericht von BNE Intellinews, die die KSE-Studie ausgewertet haben, über Länder, die sich geweigert haben, sich an den vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland zu beteiligen und weiterhin Handelsbeziehungen zu Russland unterhalten. Die Technologiesanktionen hätten weitgehend versagt, da Russland Berichten zufolge im Jahr 2023 mehr Technologie importiert hat als vor dem Krieg, von der ein Großteil vom militärisch-industriellen Komplex des Landes genutzt wird. Nach Angaben von KSE scheint Russlands Kapazität zur Herstellung von Raketen und Drohnen im Jahr 2023 sogar zugenommen zu haben. Nach Schätzungen der ukrainischen Regierung wurden die Produktionskapazitäten für Raketen von 50 Stück pro Monat im Jahr 2022 auf 100 Stück Mitte 2023 und 115 Stück Ende 2023 erweitert.

Satellitenbilder hätten zudem den Bau neuer Anlagen für die Reparatur von Flugzeugen, die Herstellung von Raketen, die Montage von Drohnen und andere militärische Zwecke gezeigt, berichtet KSE. „So wurden in den letzten Monaten Flugzeugwerke in Kasan und Irkutsk ausgebaut, die sich auf Su-30-Kampfflugzeuge konzentrieren - ein zentraler Flugzeugtyp innerhalb der russischen Luftwaffe. Außerdem wurde das Maschinenbauwerk in Dubna ausgebaut, ebenso wie eine Anlage in Kronstad, die eine Schlüsselrolle für die Raketenproduktion im Auftrag der staatlichen Tactical Missile Arms Cooperation spielt.“

Der Löwenanteil der Technologieimporte entfällt auf nicht-westliche Technologie, wobei China nach Schätzungen der KSE knapp ein Drittel der Gesamtsumme oder 1,9 Milliarden Dollar auf sich vereine. Peking hüte sich zwar davor, offen Waffen und Rüstungsgüter nach Russland zu exportieren, weil es befürchtet, dass es selbst Sekundärsanktionen verhängt, aber das Volumen der Technologie mit doppeltem Verwendungszweck, die sich in der Grauzone zwischen verbotenen und nicht verbotenen Exporten nach Russland bewegt, sei im letzten Jahr stark angestiegen. So war China beispielsweise der Hauptlieferant von Erdbewegungsmaschinen, mit denen Russland sein Verteidigungsnetz ausbauen kann.

Russland scheint in der Lage gewesen zu sein, die Lieferketten für die generischen Kriegsgüter zu überarbeiten, und die monatlichen Durchschnittsimporte von 932 Millionen Dollar waren 2023 nur 10 Prozent niedriger als vor der Verhängung der Sanktionen, berichtet die KSE. Deutlich anders sei die Situation bei der breiteren Gruppe der kritischen Komponenten, wo ein monatlicher Durchschnittswert von 2,29 Milliarden Dollar im Jahr 2023 einen Rückgang von 28,8 Prozent gegenüber Februar 2022 bedeutet. Die Ausfuhrkontrollen scheine bei bestimmten Gütern also Ergebnisse zu zeigen. Insgesamt importierte Russland jedoch von Januar bis Oktober 2023 Gefechtsfeldgüter im Wert von 8,77 Milliarden Dollar, während die Einfuhren kritischer Komponenten 22,23 Mrd. USD erreichten.

Vier Warenkategorien dominierten bei den Gefechtsfeldgütern:

Kommunikationsausrüstung (2,76 Mrd. \$ von Januar bis Oktober 2023 bzw. 31,4 % des Gesamtvolumens), Halbleiter (2,06 Mrd. \$, 23,5 %), sonstige Elektronik (1,78 Mrd. \$, 20,3 %) und Computerteile (1,37 Mrd. \$, 15,6 %).

Sieben Kategorien dominierten bei den kritischen Komponenten: Kfz-Teile (5,63 Mrd. \$ bzw. 25,3 % des Gesamtvolumens), sonstige Elektronik (5,37 Mrd. \$ bzw. 24,2 %), Kommunikationsausrüstung (3,38 Mrd. \$ bzw. 15,2 %), Computerteile (2,94 Mrd. \$ bzw.

13,2 %), Halbleiter (2,21 Mrd. \$ bzw. 9,9 %), Lager und Antriebswellen (1,33 Mrd. \$ bzw. 6,0 %) und Navigationsausrüstung (1,01 Mrd. \$ bzw. 4,6 %).

Die KSE ermittelte insgesamt 485 Arten von Bauteilen, darunter Halbleiter, Computerteile, Elektronik, Automobilteile und Lager. Die Daten beruhen auf den Erkenntnissen ukrainischer Beamter über den Einsatz dieser Komponenten in russischer Ausrüstung auf dem Schlachtfeld. Allerdings ist der Anteil westlicher Komponenten in komplexeren Waffen aus russischer Produktion wesentlich höher. Eine kürzlich durchgeführte Dekonstruktion einer nicht explodierten russischen Rakete ergab, dass nur 14 Prozent der Komponenten aus Russland stammten, der Rest aus dem Westen. Unabhängig davon berichtet KSE, dass 95 Prozent aller Teile, die in russischen Waffen auf dem Schlachtfeld gefunden wurden, von Herstellern in Koalitionsländern bezogen wurden, wobei 72 Prozent allein auf Unternehmen mit Sitz in den USA entfielen.

Russland sei bei der Beschaffung der schwer zu beschaffenden Komponenten innovativ vorgegangen. So seien die Exporte westlicher Waschmaschinen nach Kirgisistan im letzten Jahr sprunghaft angestiegen, denen die Mikrochips entnommen wurden, die dann in russischen intelligenten Raketen verwendet werden. Die USA hätten zwar versucht, die Exporte mit Hilfe ihrer „Foreign Direct Product Regulations“ (FDPR) zu unterbinden, die es ihnen ermöglichen, gegen in Drittländern hergestellte Waren vorzugehen, aber die Daten deuten darauf hin, dass die Waren über Vertriebshändler und Zwischenhändler nach Russland verkauft wurden, berichtet die Financial Times.

Experten betonen die Schwierigkeiten bei der Anwendung der FDPR auf ein Land wie China, auf das die USA nur wenig Einfluss haben, schlagen aber vor, dass die Aufnahme von Händlern und Zwischenhändlern in die Sanktionslisten ein wirksames Mittel gegen die Abzweigung kontrollierter Güter sein könnte. Obwohl der Großteil der Technologieimporte aus Ländern stammt, die sich nicht an den Sanktionen beteiligen, gäbe es auch einen erheblichen Anteil an Technologie aus westlicher Produktion. Produkte von Unternehmen wie dem US-amerikanischen Chiphersteller Analog Devices und Texas Instruments spielten eine herausragende Rolle und wurden in russischen Raketen gefunden. Die Importe von Analog Devices nach Russland stiegen von 123 Mio. USD im Jahr 2021 auf 269 Mio. USD in den ersten neun Monaten des Jahres 2023.

Von den 2.800 gefundenen Komponenten in russischen Waffen, die die KSE untersuchte, kamen laut der Analyse drei Prozent aus Deutschland. Der Hauptanteil entfällt mit 72 Prozent auf Unternehmen aus den USA. Unter den wichtigsten Lieferanten wird mit Infineon aber auch ein deutsches Unternehmen genannt (Seite 5). Die Spitzenposition nehmen US-Unternehmen wie Intel ein. Anders sieht es bei Lieferungen von computergesteuerten Werkzeugmaschinen (CNC). Hier befinden sich laut KSE insgesamt fünf deutsche Hersteller unter den 15 wichtigsten Produzenten (Seite 21ff).

<https://www.intellinews.com/kse-russia-imports-a-third-of-battlefield-technology-from-western-companies-307476/?source=russia>

Hier die komplette Studie:

[Challenges-of-Export-Controls-Enforcement.pdf \(kse.ua\)](#)

## **OBI geht gegen russisches Bauunternehmen vor**

Die deutsche Baumarktkette OBI geht in Russland gerichtlich gegen ihre ehemaligen Tochtergesellschaften vor. Dies schreibt die russische Wirtschaftszeitung Vedomosti, der dazu Gerichtsakten vorliegen. Demnach geht es um eine Forderung in Höhe von etwa 250.000 Euro. Die Zeitung schreibt, dass OBI damit vermutlich gegen die andauernde Nutzung seines Markennamens in Russland klagt. Um dieses Thema ging es bereits in einem anderen Verfahren aus dem November 2023. OBI hatte Mitte 2022 sein Russlandgeschäft an das russische Bauunternehmen MAX verkauft. Experten zufolge sah der Kaufvertrag eine Umbenennung der Baumärkte innerhalb von sechs Monaten vor. Die neuen Eigentümer nutzen jedoch bis heute die Marke sowie die Internetseite obi.ru.



### 3. Europäische Union

---

#### **EU-Staaten wollen russische Gelder für Wiederaufbau der Ukraine nutzen**

Nach monatelanger Diskussion bereitet die EU nun die Abschöpfung von Erträgen aus der Verwahrung eingefrorener russischer Zentralbank-Gelder für die Ukraine vor. Wie die derzeitige belgische EU-Ratspräsidentschaft laut der Deutschen Presseagentur mitteilte, verständigten sich die 27 Mitgliedstaaten am 29. Januar auf einen Vorschlag zu dem Thema. Er muss nun nur noch formalisiert werden und soll dann im schriftlichen Verfahren offiziell beschlossen werden.

Das vereinbarte Verfahren sieht nach Angaben von Diplomaten vor, in einem ersten Schritt dafür zu sorgen, dass die außerordentlichen Erträge aus der Verwahrung von Vermögen der russischen Zentralbank gesondert aufbewahrt werden. In einem zweiten Schritt ist dann geplant, einen Teil der Gelder an die von Russland angegriffene Ukraine weiterzuleiten. Dafür müssen allerdings noch weitere Rechtstexte ausgearbeitet werden.

Schätzungen zufolge könnte jährlich eine Summe in Milliardenhöhe anfallen, da in der EU nach Kommissionsangaben mehr als 200 Milliarden der russischen Zentralbank eingefroren wurden und die Erträge aus der Verwahrung des Kapitals laufend steigen. Das in Brüssel ansässige Finanzinstitut Euroclear hatte zuletzt mitgeteilt, allein in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres drei Milliarden Euro an Zinseinnahmen gemacht zu haben, die in Verbindung zu Russlandsanktionen stehen. Euroclear ist in der EU das mit Abstand wichtigste Institut, das Vermögenswerte der russischen Zentralbank verwahrt.

EU-Beamte betonen, dass es bei dem Projekt zunächst einmal nur um Einnahmen gehe, die Euroclear außerplanmäßig wegen der EU-Sanktionen gegen die russische Zentralbank mache. Es ist demnach vorerst keine Enteignung im eigentlichen Sinne geplant. Als ein Grund dafür gelten rechtliche Bedenken und wahrscheinliche Vergeltungsmaßnahmen. Moskau hatte die EU bereits im vergangenen Jahr davor gewarnt, das Eigentum des russischen Staates oder russischer Bürger zu konfiszieren. Denkbar wäre es beispielsweise, dass dann auch in Russland tätige Unternehmen aus EU-Ländern zwangsenteignet werden. Zudem könnte eine direkte Nutzung der russischen Vermögenswerte auch dazu führen, dass andere Staaten und Anleger das Vertrauen in den europäischen Finanzplatz verlieren und Vermögen aus der EU abziehen.

-----

#### **EU verhängt Sanktionen gegen russische Internet-Zensurbehörde**

Am 29. Januar kündigte der Europäische Rat neue Sanktionen gegen eine russische Behörde an, die für ihre Internetzensur bekannt ist, sowie gegen Schlüsselpersonen, die mit „schweren Menschenrechtsverletzungen“ in Verbindung gebracht werden.

Neu in die Liste aufgenommen wurden unter anderem drei Personen, die im russischen Justizwesen beschäftigt sind und die Verantwortung für schwere Menschenrechtsverletzungen tragen, darunter willkürliche Festnahmen und

Inhaftierungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Fall des Oppositionspolitikers, Demokratieaktivisten und erklärten Kremlkritikers Vladimir Kara-Murza. Darüber hinaus wurden die russische parastaatliche Safe Internet League (Liga für ein sicheres Internet), die die russische Regierung bei der Durchsetzung von Zensurpraktiken unterstützt, sowie Ekaterina Mizulina, Vorsitzende der Safe Internet League, die für schwere und systematische Verstöße gegen das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verantwortlich ist, in die Liste aufgenommen.

Die Vermögenswerte derjenigen, die im Rahmen der Sanktionsregelung benannt sind, werden eingefroren, und es ist verboten, ihnen oder zu ihren Gunsten Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen unmittelbar oder mittelbar bereitzustellen. Darüber hinaus gilt für die in der Liste aufgeführten natürlichen Personen ein Einreiseverbot in die EU.

Die EU verurteilt die drastische Ausweitung der gegen die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in Russland gerichteten restriktiven Rechtsvorschriften und systematischen Repressionsmaßnahmen sowie das harte Vorgehen gegen unabhängige Medien, einzelne Journalistinnen und Journalisten, Mitglieder der politischen Opposition und andere kritische Stimmen auf das Schärfste.

Die EU fordert Russland auf, alle aus politischen Gründen verurteilten Inhaftierten unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Sie verurteilt auf das Schärfste, dass Vladimir Kara-Murza von einem Moskauer Gericht aus politischen Gründen zu einer 25-jährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

Die einschlägigen Rechtsakte, einschließlich der Namen der Person und der Organisation, die in die Liste aufgenommen wurden, wurden im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

[Globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte: Rat nimmt vier Personen und eine Organisation in die EU-Sanktionsliste auf - Consilium \(europa.eu\)](#)

[Beschluss - GASP - 2024/418 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

[Durchführungsverordnung - EU - 2024/417 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

-----

### **13. Sanktionspaket in Vorbereitung**

Die EU hat Verhandlungen über ein neues Paket von Sanktionen gegen Russland aufgenommen. Die Verabschiedung des 13. Pakets ist für den 24. Februar vorgesehen, zwei Jahre nach der russischen Aggression gegen die Ukraine, wie Politico mit Hinweis auf gut informierte Brüsseler Kreise berichtet. Die Handelsorganisation European Aluminium, die Gemeinschaftshersteller vertritt, setzte sich demnach intensiv für strengere Einfuhrbeschränkungen für russische Lieferanten ein. Bislang seien rund 85 Prozent der russischen Metallexporte in die EU noch nicht sanktioniert worden.

Die Aluminiumpreise stiegen am 23. Januar um mehr als drei Prozent, nachdem Berichte auf die Möglichkeit weiterer Sanktionen der EU gegen russisches Aluminium hingewiesen hatten.

„Es gibt Spekulationen über ein mögliches vollständiges Verbot von Aluminiumimporten im Rahmen des bevorstehenden russischen Sanktionspakets, das nächsten Monat veröffentlicht werden soll“, erklärte die niederländische Bank ING in einer Notiz, die BNE Intellinews vorlag. „Russische Metalle waren bis letzten Monat weitgehend von Sanktionen verschont geblieben, als Großbritannien britischen Einzelpersonen und Unternehmen den Handel mit physischen russischen Metallen, einschließlich Aluminium, Nickel und Kupfer, untersagte. Großbritannien ist das einzige Land in Europa, das solche Maßnahmen ergriffen hat“.

Das Verbot könnte sich negativ auf die Preise auswirken. Als das Office of Foreign Assets Control (OFAC) im Jahr 2018 westlichen Unternehmen jegliche Geschäfte mit dem Oligarchen Oleg Deripaska, dem Eigentümer von RusAl, Russlands größtem Aluminiumhersteller, untersagte, schnellten die Preise für das Metall über Nacht an der London Metal Exchange (LME) um 40 % in die Höhe. Das veranlasste das OFAC, die Sanktionen zu verschieben und schließlich aufzuheben, als darauf hingewiesen wurde, dass das Verbot die Kosten für eine Dose Cola in den USA um etwa 15 Cent erhöhen würde.

Einem Diplomaten zufolge, werden die EU-Länder bald damit beginnen, „zusätzliche Elemente zu erörtern, die alles in allem zu einem Vorschlag für ein vollständiges Verbot werden“ könnten, berichtet Politico. Neben Maßnahmen gegen Aluminiumimporte wird erwartet, dass das neue Paket zusätzliche Listungen von Personen und Unternehmen, zusätzliche Handelsbeschränkungen und weitere Maßnahmen gegen Sanktionsumgehungen sowohl durch Drittländer als auch durch Unternehmen in der EU selbst beinhalten wird. „Politico“ weist darauf hin, dass die EU weiterhin Rohstoffe aus Russland bezieht: Ungarn und andere östliche Länder der Gemeinschaft widersetzten sich den Sanktionen gegen den russischen Nuklearsektor. Russland liefere Brennstoff und nehme Abfälle aus Kernkraftwerken unter anderem in Tschechien und der Slowakei entgegen. In Ungarn baut das russische Unternehmen Rosatom zudem derzeit zwei neue Blöcke des Kraftwerks Paks.

Außerdem lehnten viele westliche Länder Sanktionen gegen russisches Flüssigerdgas (LNG) ab. Während Deutschland seinen Verbrauch an russischem Gas auf vier Prozent gesenkt habe, erhöhten andere Länder ihre Käufe sogar. An der Spitze der Liste der größten Importeure von russischem LNG in der EU stehe demnach Spanien. Das Land reexportiere auch einen Teil dieses Gases in andere EU-Länder.

Europa kauft derzeit die Hälfte der russischen Gasexporte, wobei die Importe von russischem LNG in Spanien und Portugal im letzten Jahr stark angestiegen sind. Polen, Estland, Lettland und Litauen plädieren für ein Verbot von LNG- und Aluminiumimporten sowie für weitere Sanktionen im Luftfahrtsektor.

Harbor Aluminium, ein Berater der Branche, warnte, dass eine Ausweitung des im Dezember verhängten Verbots auf Walzdraht, Strangpressprodukte und Folien schwerwiegende wirtschaftliche Folgen haben würde. Das neue Verbot könnte weitere Aluminiumhalbzeuge und/oder einige oder alle Primäraluminiumprodukte umfassen.

„Das Verbot würde der europäischen Aluminiumversorgungskette erheblichen Schaden zufügen, da der Bedarf an russischen Aluminiumprodukten (insbesondere Brammen und

PFA) unersetzlich ist, und das zu einer Zeit, in der die europäische Primäraluminiumproduktion seit 2021 um eine Million Tonnen zurückgegangen ist, während die Primäraluminiumproduktion im Nahen Osten und in Indien durch den Nahostkonflikt und die Unterbrechung der Versorgung am Roten Meer beeinträchtigt wird“, so Harbor. Das Verbot würde auch die CO2-Bilanz von europäischem Aluminium erheblich verschlechtern, da die EU-Verbraucher mehr Aluminium aus nicht-ökologischen Ländern importieren müssten, um den Verlust an kohlenstoffarmen russischen Aluminiumprodukten zu ersetzen.

„Unserer Ansicht nach würde ein EU-Importverbot für russische Primäraluminiumprodukte (nicht unser Basisszenario) das weltweite Angebot an Primäraluminium nicht verringern (sondern nur dessen Ströme verändern) und somit für die LME-Preise jenseits kurzfristiger Volatilität irrelevant sein“, so Harbor. „In der Tat würden die EU-Beschränkungen Metalleinheiten von Europa in den Rest der Welt umleiten, d.h. in die Türkei, nach Indien, China, Südostasien, Afrika und Lateinamerika.“ "Wir gehen nicht davon aus, dass die LME russisches Aluminium von der Börse verbannen wird (selbst wenn das Verbot das gesamte russische Primäraluminium umfassen würde), da wir davon ausgehen, dass die LME weiterhin ihre Funktion als Markt der letzten Instanz für den weltweiten Primäraluminiummarkt erfüllen wird. Russisches Aluminium würde weiterhin in allen Regionen der Welt mit Ausnahme von Westeuropa und den USA gehandelt werden“, so Harbor.

Die Umgehung von Sanktionsvorschriften sei nach wie vor ein großes Problem, bemängelte der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis. „Wir müssen uns wirklich mit dieser Art der Umgehung von Sanktionen befassen. Die Schwierigkeit besteht darin, dass einige der Komponenten nicht sanktioniert werden, weil sie in etwas enthalten sein können, das auf den ersten Blick recht harmlos erscheint. Wir nennen das Kühlschränkteile. Und die Russen zerlegen diese beispielhaften, legal importierten Kühlschränke und verwenden sie dann für die Waffenproduktion“, erklärte Landsbergis.

[Bloomberg узнал о начале обсуждения 13-го пакета антироссийских санкций | Forbes.ru](#)

[bne IntelliNews - EU mulls sanctions on Russian aluminium in thirteenth sanctions package](#)

-----

### **Sondersteuer auf Russland-Handel?**

Das litauische Centenary Policy Institute bringt sich mit einem neuen Vorschlag in die laufenden Diskussionen über ein 13. EU-Sanktionspaket ein. Es geht um eine 5-prozentige Steuer auf alle Handelsgeschäfte der EU mit Russland. Das damit erhobene Geld soll nach dem Vorschlag des Think Tanks dem Wiederaufbau in der Ukraine zugutekommen. Zuletzt lag der Handel der gesamten EU mit Russland im November 2023 bei unter 7 Milliarden Euro, mit weiter sinkenden Tendenz. Aufs Jahr hochgerechnet könnten mit der Steuer demnach etwa 4 bis 5 Milliarden Euro erhoben werden. Am 25. Januar stellte das Institut seine Vorschläge in einem Hintergrundgespräch in Brüssel der EU-Kommission und europäischen Wirtschaftsverbänden und Unternehmen vor.

## **Baltische Staaten fordern Sanktionen gegen russische Lebensmittelimporte**

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sollten „konkrete und sofortige“ Maßnahmen ergreifen, um Sanktionen gegen russische Lebensmittelimporte zu verhängen. Dies betonte laut einem Bericht von Euractiv der lettische Landwirtschaftsminister Armands Krauze am 23. Januar auf dem EU-Rat für Landwirtschaft und Fischerei. „Wir können unsere Bevölkerung selbst mit den besten Lebensmitteln der Welt versorgen; Importe aus Russland sollten verboten werden“, sagte Krauze. Nach dem Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 verhängte die EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland, von denen jedoch Lebensmittel ausgenommen sind. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 haben die EU-Länder Lebensmittel im Wert von 2,2 Milliarden Euro aus Russland importiert, darunter Milchprodukte, Obst, Gemüse, Zuckerwaren, Mehl, Getreide und Tierfutter, heißt es in einem Vermerk, den Lettland mit Unterstützung Litauens und Estlands den Landwirtschaftsministern vorgelegt hat. Nach Angaben der Europäischen Kommission überquerten im Jahr 2023 360.000 Tonnen russisches Getreide und 370.000 Tonnen Ölsaaten die lettische Grenze, verglichen mit 102.000 bzw. 80.000 im Jahr zuvor. Nach Angaben des lettischen Medienunternehmens LSM ist Italien der größte Importeur von russischem Getreide in Europa, während Lettland an zweiter Stelle steht. Angesichts dieses Zustroms rief der lettische Minister die EU und die 27 Mitgliedstaaten dazu auf, die Einfuhr russischer Lebensmittel zu stoppen.

[Baltic states want to sanction Russian food imports into the EU – Euractiv](#)

## **Belgien prüft Blockade für russisches LNG**

Eine im vergangenen Jahr vereinbarte Reform der EU-Gasmarktregeln soll es laut einer Meldung von Euractiv den EU-Staaten ermöglichen, Lieferungen von russischem Leitungsgas und Flüssigerdgas zu stoppen. Dazu erhalten sie eine rechtliche Möglichkeit, russische Unternehmen daran zu hindern, Kapazitäten in ihrer Gasinfrastruktur zu buchen. Die belgische Energieministerin Tinne Van der Straeten sagte, es sei „nicht ganz klar, ob wir damit arbeiten können.“ Sie bezog sich dabei auf die entsprechende Regelung im EU-Gasmarktgesetz.

„Wir sind in der Tat auch in Belgien mit bestimmten Verträgen konfrontiert, die lange vor dem Krieg unterzeichnet wurden und es ist jetzt immer noch ein offener Punkt, wie man damit umgehen kann“, sagte sie bei einer Sitzung des Energieausschusses des EU-Parlaments. Belgien war im Zeitraum von Januar bis September 2023 der drittgrößte Importeur von russischem Flüssigerdgas in der EU. Ein großer Teil dieser Lieferungen bleibt jedoch nicht in Belgien.

Nach Angaben des Instituts für Energiewirtschaft und Finanzanalyse wurden rund 45 Prozent des russischen Flüssigerdgases, das Belgien von Januar bis September 2023 erhielt, umgeladen und in ein anderes Land oder einen anderen Hafen weitergeleitet. Van der Straeten sagte, dass jede Maßnahme zur Nutzung der im EU-Recht vorgesehenen Möglichkeit, russisches Flüssigerdgas zu beschränken, zunächst Konsultationen mit den

Nachbarländern erfordern würde. „Das ist etwas, das wir nicht einseitig entscheiden können“, erklärte sie.

Die EU-Gasmarktregeln müssen noch von den EU-Staaten endgültig genehmigt werden. Dieser Schritt ist normalerweise eine Formsache. Die europäischen Gasimporte aus Russland über Gasleitungen sind seit Beginn des Krieges stark zurückgegangen, die Flüssigerdgas-Importe jedoch nicht. Russisches Gas (einschließlich Flüssigerdgas) unterliegt bislang nicht den EU-Sanktionen.

Der finnische Umweltminister Kai Mykkänen, der auch für die Energieversorgung zuständig ist, hatte bereits Anfang November vergangenen Jahres mitgeteilt, sein Land werde LNG-Importe aus Russland stoppen, sobald EU-Recht dies ermögliche.

-----

### **Bulgarien will russisches Schwarzmeeresort „einfrieren“**

Das Tourismuszentrum Kamtschia, das als „Zentrum für Bildung, Kultur, Erholung, Sport, Gesundheit, Geschäfts- und Kongresstourismus“ beworben wird, gehört der russischen Hauptstadt Moskau, wird aber in Bulgarien von bulgarischen Staatsbürgern verwaltet, die formal nicht unter die EU-Sanktionsregelung fallen. Der bulgarische Abgeordnete Ivaylo Mirchev beschreibt den Stützpunkt als eine russische Enklave an der bulgarischen Küste, die seit mehr als 14 Jahren in Betrieb ist. Eine Gesetzesinitiative soll nun die Enteignung der russischen Enklave ermöglichen, dies berichtet Euractiv.

Kurz vor Beginn des Krieges in der Ukraine kündigte der russische Außenminister Sergej Lawrow an, dass das russische Kamtschia-Zentrum genutzt werden könnte, um russischen Einfluss in Europa zu verbreiten. Kürzlich wurde bekannt, dass die Moskauer Immobilienbehörde die Ernennung eines Direktors des russischen Ölkonzerns Lukoil Neftochim Burgas zum Leiter des Kamtschia-Zentrums beantragt habe.

Die Anweisung Moskaus bezüglich des Kamtschia-Resorts erfolgt vor dem Hintergrund der Sperrung oder Beschlagnahmung von russischem Eigentum in anderen EU-Ländern. Anfang Januar verabschiedete das lettische Parlament ein Sondergesetz zur Beschlagnahmung des Moskauer Hauses in Riga, das ebenfalls im Besitz der Moskauer Stadtregierung war.

Eine mögliche künftige Übertragung des russischen Zentrums an ein privates russisches Unternehmen könnte eine Beschlagnahmung zugunsten des Staates verhindern und den Wert der ebenfalls zum Verkauf stehenden Vermögenswerte von Lukoil in Bulgarien erhöhen.

Nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine im Februar 2017 wurden die EU-Sanktionen auf Hunderte von russischen Bürgern und Unternehmen ausgeweitet. Bulgarien war jedoch der einzige Mitgliedstaat, der keine Sanktionen gegen russische Bürger oder Unternehmen auf der EU-Sanktionsliste verhängte, weil die rechtlichen Verfahren so konzipiert waren, dass sie nicht funktionieren. In Bulgarien besitzen etwa 300.000 Russen mehr als 500.000 Immobilien, wie aus den letzten von den Behörden veröffentlichten Daten für 2019 hervorgeht.

Während das bulgarische Rechtssystem nur ein Verfahren zur Beschlagnahme von Vermögenswerten vorsieht, nicht aber deren Einfrieren, müssen EU-Länder wie Bulgarien die EU-Sanktionsvorschriften direkt anwenden. Das bedeutet, dass die Steuerbehörden Verfahren zum Einfrieren von Vermögenswerten auch dann einleiten sollten, wenn die nationalen Vorschriften solche Verfahren nicht vorsehen.

-----

### **Lücken im Sanktionssystem**

Der Spiegel kritisiert in einem Kommentar die Sanktionspolitik der EU-Mitgliedsstaaten. Das System sei durch vielfältige Ausnahmen zu lückenhaft. Bei den Sanktionen gegen Moskau entpuppe sich die „europäische Geschlossenheit“, von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht, eher als gemeinsame Absetzbewegung, bemängelt der Spiegel. Frankreich etwa kooperiere ungeachtet aller Moskauer Nukleardrohungen aufs Engste mit dem russischen Kernenergiekonzern Rosatom. Frankreichs Einfuhr russischer Nuklearprodukte sei nach Studien von Nichtregierungsorganisationen allein im Jahr 2022 um rund 250 Prozent gestiegen. Auf Druck der griechischen Regierung unternähme die EU kaum etwas gegen die einflussreichen griechischen Reeder, die ihre Tanker an Moskaus sogenannte Schattenflotte verkaufen. Mit ihr umschiffe Russland mühelos den Ölpreisdeckel, mit dem der Westen die wichtigste Einnahmequelle des Kreml austrocknen wollte. Auch Deutschlands Kampf gegen Grauexport sanktionierter Hochtechnologie nach Russland über den Südkaukasus und Zentralasien sei mangelhaft, kritisiert der Spiegel. Bis heute sucht Brüssel vergeblich nach einem Mittel gegen den illegalen Technologietransfer für Putin.

Mitunter scheine es in der EU weniger um die Abwehr Moskaus als um die Wettbewerbsvorteile in Europa zu gehen, kommentiert der Spiegel und nennt das Beispiel Stahl. Während die EU ein weitreichendes Embargo gegen Russland verhängte, setzte die belgische Regierung eine lukrative Ausnahme für ihre Werke in Wallonien durch. Zulasten der europäischen Konkurrenten und zugunsten Putins. Bulgarien wiederum nutzte eine Sonderregel für seinen Energiesektor, um im großen Stil russisches Öl auf die europäischen Märkte zu schleusen. Geschätzte Zusatzeinnahme für den Kreml: mindestens eine Milliarde Euro.

Umso wichtiger wäre es, sich auf eine langfristige Auseinandersetzung mit dem Kreml einzurichten, ähnlich wie einst im Kalten Krieg. Die Europäer sollten weniger Sanktionen verhängen, diese aber besser kontrollieren, vor allem dann, wenn es um militärisches Material geht. Der Ölpreisdeckel sollte besser überwacht und durch eine Energiepolitik flankiert werden, mit der die EU ihre Nachfrage nach fossilen Brennstoffen senkt.

-----

## **Polnische Exporte nach Kirgisistan steigen steil an**

Die polnischen Exporte nach Kirgisistan sind nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine um mehr als das 18-fache gestiegen, dies berichten polnische Medien. Das zentralasiatische Land gilt als eine Route nach Russland, über die die Sanktionen gegen direkte Exporte nach Moskau umgangen werden können. Auch andere westliche Länder haben steigende Exporte nach Kirgisistan verzeichnet, doch einem Wirtschaftswissenschaftler zufolge sind die Zahlen für Polen und Deutschland am höchsten.

Im Februar 2022, dem Monat, in dem Russland in die Ukraine einmarschierte, exportierte Polen Waren im Wert von 10,19 Millionen Zloty (2,33 Millionen Euro zum heutigen Wechselkurs) nach Kirgisistan, wie offizielle Daten von Statistics Poland (GUS) zeigen. Bis November 2023, dem letzten Monat, für den Daten verfügbar sind, erreichte der Wert 186,9 Millionen Zloty (42,7 Millionen Euro), was einem Anstieg von 1733 Prozent in diesem Zeitraum entspricht. In diesem Zeitraum ist Kirgisistan, ein Land mit 7 Millionen Einwohnern, von Platz 119 auf Platz 49 der polnischen Exportziele aufgestiegen. Zu den wichtigsten Produkten, die aus Polen nach Kirgisistan gelangen, gehören Autos, Geschirrspüler und Kopiergeräte.

Der Anteil Kirgisistans an den Gesamtexporten Polens ist mit 0,14 % weiterhin gering. Sein Anstieg von 0,01 % in nur 22 Monaten hat jedoch die Aufmerksamkeit von Experten auf sich gezogen, die darin einen Beweis für die Umgehung der Sanktionen sehen, die gegen Russland wegen seiner Aggression gegen die Ukraine verhängt wurden.

Das Polnische Wirtschaftsinstitut (PIE), ein staatlicher Think Tank, stellte Ende letzten Jahres fest, dass die Exporte nach Kirgisistan zu diesem Zeitpunkt um das 22-fache gestiegen waren, während die entsprechenden Zahlen für Kasachstan und Usbekistan bei 2,5 und für die Türkei bei 2,4 lagen, berichtet Business Insider Polska.

[Polish exports to Kyrgyzstan up 1700% amid Ukraine war as firms evade sanctions on Russia | Notes From Poland](#)

-----

## **Bulgarien erlässt europäischen Haftbefehl gegen sechs russische Spione**

Die bulgarische Staatsanwaltschaft hat am 30. Januar einen europäischen Haftbefehl gegen sechs russische Spione erlassen, wie Euractiv berichtet. Die Russen werden verdächtigt, Terroranschläge auf bulgarische Waffenfabriken und Lagerhäuser verübt zu haben. Bulgarien untersucht die Anschläge seit der ersten Explosion in der Waffenfabrik EMCO in der Nähe des Dorfes Lovnidol im Jahr 2011.

„Die Ermittlungen ergaben, dass sechs russische Staatsangehörige unter falscher Identität nach Bulgarien eingereist waren. Sie waren an der Explosion der Produktionsstätte eines Waffenherstellers beteiligt“, teilte die bulgarische Staatsanwaltschaft am Dienstag mit.



Die Haftbefehle wurden vom bulgarischen Gericht genehmigt. Das Gericht erklärte, es seien „viele Beweise“ gegen die sechs Russen gesammelt worden, deren Namen noch nicht veröffentlicht wurden.

Nach inoffiziellen Informationen, die Euractiv vorliegen, wurden bei den meisten der gesprengten Fabriken und Lagerhäuser Überreste von Sprengsätzen aus russischer Produktion gefunden. Insgesamt wurden seit 2011 neun Anschläge gemeldet.

[Bulgarien erlässt europäischen Haftbefehl gegen sechs russische Spione – Euractiv DE](#)

-----

### **Baltische Länder einigen sich auf einheitliche Umsetzung von EU-Sanktionen und Exportkontrollen**

Estland, Lettland und Litauen haben sich laut einer Meldung von Globalsanctions.com darauf geeinigt, einheitliche Zollkontrollen und einen einheitlichen Informationsaustausch einzuführen. Sie erkennen an, dass „die Schließung von Schlupflöchern und die Sicherstellung der effektiven Umsetzung von Sanktionen von entscheidender Bedeutung ist, um die Wirkung der Sanktionen zu verstärken und Russlands Fähigkeit zu stören, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine fortzusetzen“.

Die Länder wollen sich einigen:

- auf Grundsätze für ein gemeinsames Vorgehen bei der Behandlung von Fällen, in denen „unplausible Warenrouten festgestellt werden“
- zusätzliche Unterlagen über die Durchfuhr oder die Endverwendung von Waren zu verlangen
- zusätzliche Erklärungen von Herstellern und Exporteuren zu verlangen, um das Risiko der Umgehung von Sanktionen zu minimieren
- andere Grenzstaaten aufzufordern, sich den baltischen Staaten bei der Anwendung des regionalen einheitlichen Ansatzes zur Umsetzung von Sanktionen anzuschließen.

-----

### **Verhaftungen in den Niederlanden wegen Sanktionsumgehung**

Die niederländische Polizei hat drei Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, gegen die EU-Ausfuhrkontrollen verstoßen zu haben, indem sie technologische und Laborausüstung mit möglicher militärischer Verwendung nach Russland exportiert haben. Die Gruppe soll ein internationales Netzwerk betrieben haben, in dessen Mittelpunkt eine in den Niederlanden eingetragene Handelsgesellschaft stand, die die Güter über osteuropäische Länder nach Russland transportierte. Die Verhaftungen erfolgten im Rahmen einer koordinierten Untersuchung durch die niederländischen, deutschen, lettischen, litauischen und kanadischen Behörden sowie durch Eurojust und Europol.

[Support to Dutch action against violation of export sanctions to Russia: three arrests | Eurojust | European Union Agency for Criminal Justice Cooperation \(europa.eu\)](#)

## **Sanktionsverstöße – EU richtet „Whistleblower-Tool“ ein**

Die EU hat ein „Whistleblower-Tool“ eingerichtet, über das Informanten anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben können.

„Die Weitergabe von Informationen aus erster Hand kann ein wirksames Instrument sein, um Fälle von Sanktionsverstößen, einschließlich Umgehung und Umgehung, aufzudecken“, schreibt die EU-Kommission, und weiter: „Indem Sie uns freiwillig Informationen über Verstöße gegen EU-Sanktionen zur Verfügung stellen, können Sie uns helfen, solche Praktiken zu untersuchen und die Einhaltung von Sanktionen in der EU sicherzustellen.“

Die Seite ist aktuell nur in Englisch verfügbar:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](https://integrityline.com)

## 4. Russland

---

### Neues Gesetz:

#### Duma ermöglicht Enteignung von Kriegskritikern

In Russland sollen künftig Kritiker des Krieges in der Ukraine enteignet werden können. Das sieht ein im Parlament in erster Lesung verabschiedeter Gesetzentwurf vor, über den unter anderem Reuters berichtet. Demnach kann das Eigentum von Personen beschlagnahmt werden, die die Armee aus Sicht der Regierung diskreditieren oder vorsätzlich als falsch bewertete Angaben über die Streitkräfte verbreiten. Der Vermögensverlust droht nach dem Gesetzentwurf auch denjenigen, die zu „extremistischen Aktivitäten“ anstiften.

In der Duma stimmten laut den Berichten 395 Abgeordnete für den Entwurf, drei lehnten ihn ab. Zwei weitere Lesungen stehen noch aus, bevor er Gesetzeskraft erlangt. Der Vorsitzende des russischen Unterhauses, Wjatscheslaw Wolodin, sagte, die für die Verbreitung „falscher Informationen“ über die Armee vorgesehene Strafe von bis zu 15 Jahren Haft reiche nicht aus. Dadurch würden die Kritiker der Armee nicht abgeschreckt. „Sie leben bequem, vermieten ihr Eigentum und erhalten weiterhin Tantiemen auf Kosten der russischen Bürger“, sagte Wolodin.

Nach den geltenden Gesetzen können Angaben über die Offensive in der Ukraine, die nicht aus einer offiziellen Regierungsquelle stammen, als „falsch“ eingestuft werden, sodass deren Verbreitung strafbar ist. Der Staat kann dann auch das Eigentum von Russen beschlagnahmen, die das Land verlassen haben und den Krieg in der Ukraine kritisieren, aber auf Einkünfte aus der Vermietung ihrer Häuser oder Wohnungen in Russland angewiesen sind.

Ein Grund für die neue Gesetzesinitiative könnte sein, dass Russland angesichts der hohen Kriegskosten langsam liquide Mittel ausgehen. Der Börsendienst Bloomberg berechnete demnach, die russische Regierung habe inzwischen fast die Hälfte der verfügbaren Reserven des nationalen Vermögensfonds angezapft, um die Wirtschaft vor den Folgen des fast zweijährigen Ukraine-Krieges zu schützen. Das Gesetz zur Enteignung muss drei Lesungen in der Duma überstehen und dann den Föderationsrat (Oberhaus) passieren, bis es Kremlchef Putin per Unterschrift in Kraft setzt. Initiativen Wolodins werden in der Regel durch alle Instanzen durchgewunken.

[Nur drei Abgeordnete dagegen: Russlands Parlament für Enteignung von Kritikern des Ukrainekriegs \(tagesspiegel.de\)](#)

[Putin braucht Geld und will Vermögen von Dissidenten kassieren \(fr.de\)](#)

[Ukraine: Russland plant Enteignungen von Kriegs-Kritikern - DER SPIEGEL](#)

[Russland will Kriegskritiker bei "Falschinfos" über Armee enteignen - Russland - derStandard.de › International](#)

-----

## **Ausnahmen für Großkonzerne bei Berichtspflichten**

Sogenannte „ökonomisch bedeutende Organisationen“ (ESO) in Russland können auf die Veröffentlichung von Wirtschaftsdaten verzichten, zu der sie laut Gesetz bisher verpflichtet waren. Dies berichtet der russische Kommersant. Am 26. Januar veröffentlichte der Kreml dazu einen Erlass von Präsident Wladimir Putin. Dort wird die Maßnahme als Reaktion auf die westlichen Sanktionen bezeichnet, vor denen die Unternehmen, ihre Eigentümer und Geschäftspartner offenbar geschützt werden sollen. Im vergangenen August hat der Kreml solchen Unternehmen bereits erlaubt, die Mitspracherechte ihrer ausländischen Holdinggesellschaften einzuschränken. Die Liste der besonders wichtigen Organisationen wird von der Regierung geführt und ist nicht veröffentlicht. Voraussetzungen sind ein Jahresumsatz von mehr als 75 Mrd. Rubel (776 Mio. Euro) sowie die Beschäftigung von mindestens 4000 Mitarbeitern. Der Unternehmerverband RSPP schätzt die Zahl der bisher so eingestufteten Unternehmen auf rund 30.

[Экономически значимые организации не будут публиковать информацию, подлежащую раскрытию \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

## **Verkauf ausländischer Unternehmen in Russland soll erleichtert werden**

Laut einem Bericht der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer unter Berufung auf einen Bericht der russischen Medienagentur Interfax möchte das russische Finanzministerium den Verkauf von Unternehmensanteilen durch westliche Eigentümer in bestimmten Fällen vereinfachen. Die Initiative zielt demnach auf Unternehmen, die in strategisch wichtigen Sektoren wie Energie und Rohstoffe tätig sind und einer besonderen Kontrolle unterliegen. Zu ihnen gehören z.B. Banken, Energie- und Rohstoffförderungsunternehmen. Seit August 2022 ist ihr Verkauf für westliche Ausländer nur mit Zustimmung von Präsident Wladimir Putin möglich. Die Genehmigungspflicht soll nun entfallen, falls es sich beim Käufer um eines der russischen strategischen Unternehmen handelt. Damit sollen die Verkaufsprozesse beschleunigt werden. Offenbar soll diese Lockerung jedoch nicht für Banken gelten, heißt es in der Meldung. Daneben plane das Ministerium auch eine Verschärfung: Für „unfreundliche“ Ausländer soll nicht nur der Verkauf strategischer Unternehmen einer Genehmigung des Präsidenten bedürfen, sondern auch der Erwerb von Anteilen an solchen Unternehmen.

[Стратегическим АО могут отменить спецразрешения для покупки активов уходящих нерезидентов \(interfax.ru\)](https://interfax.ru)

## **Immer weniger Investitionen in Russlands IT-Markt**

Ausländische Investoren haben sich seit dem Einmarsch in der Ukraine im Februar 2022 und den daraufhin verhängten westlichen Sanktionen weitgehend von Russland ferngehalten, während einheimische Investoren vor dem Hintergrund der allgemeinen

wirtschaftlichen Unsicherheit ebenfalls zögerten, ihr Geld in riskante Projekte zu pumpen. Dies berichtet BNE Intellinews.

Nach den kürzlich von der russischen IT-Investitionsplattform Dsight veröffentlichten Daten wurden im Jahr 2023 insgesamt 158 Risikokapitalgeschäfte für IT-Start-up-Projekte mit einem Gesamtvolumen von 71 Mio. USD abgeschlossen. Die Zahl der Deals ist gegenüber 2022 um 15 Prozent gestiegen, ihr Gesamtwert ist jedoch gegenüber dem Vorjahr um 83 Prozent gesunken.

Die durchschnittliche Investitionssumme lag bei lediglich 460.000 Dollar, wobei Dsight diese geringe Investitionssumme vor allem mit der allgemeinen Unsicherheit unter den Marktteilnehmern erklärt.

[bne IntelliNews - Sanctions halve Russian IT venture investment market](#)

-----

### **Kapitalkontrollen werden verlängert**

Die russische Regierung will die Kapitalkontrollen laut einem Bericht von NTV im Land verlängern. Die im April auslaufende Regelung solle bis Jahresende laufen, wie die Regierung demnach in der Nachrichten-App Telegram mitteilte. Sie verpflichtet die Exporteure dazu, ihre Deviseneinnahmen in die Landeswährung Rubel umzutauschen.

Die von Präsident Wladimir Putin in einem Dekret vom Oktober 2023 angeordneten Maßnahmen seien wirksam gewesen, begründete die Regierung ihren Vorstoß. Die von der Zentralbank abgelehnten Kontrollen wurden eingeführt, um die Abwertung des Rubel zu stoppen. Zeitweise mussten mehr als 100 Rubel für einen Dollar bezahlt werden. Am Dienstag wurde der Kurs nahe 88 je Dollar gehandelt.

Konkret verlangt das Dekret von Dutzenden nicht genannten Exportfirmen, mindestens 80 Prozent der erwirtschafteten Devisen bei russischen Banken zu deponieren. Diese müssen dann innerhalb von zwei Wochen mindestens 90 Prozent dieser Einnahmen auf dem Inlandsmarkt verkaufen.

-----

### **Zehntausende Unternehmen haben seit Kriegsbeginn Russland verlassen**

Laut russischer Statistik haben seit Kriegsbeginn 23.500 Unternehmen mit ausländischen Anteilseignern ihre Geschäftstätigkeit in Russland liquidiert. Da neue Unternehmen etwa mit Wurzeln in China oder zentralasiatischen Republiken neu hinzugekommen sind, liegt der statistische Rückgang aber nur bei knapp 10.000 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung. Die Zahlen stammen aus einem Bericht der russischen Wirtschaftszeitung „Wedomosti“ unter Berufung auf Unternehmensdaten. In Deutschland berichtete zuerst Märkte Weltweit Medien im Newsletter OstInsider Daily darüber.

Die Zahl der juristischen Personen mit ausländischer Beteiligung sank demnach um 6.200 im Jahr 2022 und 3.400 im Zeitraum Januar-Oktober 2023, insgesamt also um 9.600. Es

wurden laut „Wedomosti“ seit März 2022 insgesamt 23.500 Unternehmen mit ausländischen Miteigentümern liquidiert. Die Diskrepanz zwischen den Zahlen von 9.600 und 23.500 erklärt sich aus der Zahl der neuen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, die in Russland registriert wurden.

„Wedomosti“ stellte einen deutlichen Anstieg der Unternehmen mit Gründern aus den ehemaligen Sowjetrepubliken fest, die 59 Prozent aller im Jahr 2023 in Russland neu registrierten Unternehmen ausmachten, sowie der Unternehmen mit Gründern aus China, die im gleichen Zeitraum 25 Prozent der Gesamtzahl ergaben. Unternehmen mit Mitgründern aus der Türkei und Indien machten im vergangenen Jahr 3 Prozent und 2 Prozent der Firmen aus. Ebenso stammten 3% der im letzten Jahr in Russland registrierten Unternehmen aus Ländern, die der Kreml als „unfreundlich“ betrachtet (etwa die Vereinigten Staaten und andere NATO-Mitglieder), gegenüber noch 14% im Jahr 2021.

Unter Berufung auf einen Bericht von Spark-Interfax, der russischen Datenbank für Geschäftsaktivitäten, berichtet „Wedomosti“, dass Ende 2023 insgesamt 116.400 juristische Personen mit ausländischer Beteiligung in Russland registriert waren. Das ist ein Rückgang um 37% gegenüber dem Höchststand von 185.000 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung im Jahr 2017.

Die von der Publikation befragten Experten führten den Rückgang der Zahl ausländischer Unternehmen in Russland auf die westlichen Sanktionen und die Bemühungen des Kremls zurück, russische Unternehmer dazu zu bewegen, Vermögenswerte aus „unfreundlichen“ Ländern in ihre Heimat zu transferieren. „Die De-Offshorisierung und die Neuausrichtung der Wirtschaft des Landes nach Osten tragen teilweise dazu bei, die negativen Folgen dieses Trends abzumildern“, schrieb die Publikation unter Berufung auf Michail Nikolajew, den Leiter der Gruppe für Länder- und Regionalratings der russischen Ratingagentur ACRA.

-----

### **Russland will gerichtlich gegen mögliche Beschlagnahmung von Geld vorgehen**

Russland bereitet sich auf einen möglichen massiven Rechtsstreit mit dem Westen vor, um jeden Versuch der USA oder Europas zu vereiteln, das eingefrorene Vermögen der russischen Zentralbank (CBR) in Höhe von 300 Milliarden Dollar zu beschlagnahmen und an die Ukraine zu übergeben, berichtete Bloomberg laut einem Bericht von BNE Intellinews.

Beamte in Moskau haben die Aussichten auf die Beschlagnahmung von Vermögenswerten analysiert, nachdem das Weiße Haus im Dezember begonnen hatte, seine europäischen Partner unter Druck zu setzen, um die Beschlagnahmung der Vermögenswerte einzuleiten und so den Kampf der Ukraine gegen Russland weiter zu finanzieren.

Westliche Regierungen haben die Möglichkeit, das Geld einzufrieren, aber dank westlicher Eigentumsrechte bleibt das Geld technisch gesehen Eigentum der russischen Regierung. Die einzige Möglichkeit für den Westen, das Geld zu beschlagnahmen, ist eine Kriegserklärung des Westens an Russland.

Die Bank von Russland bereitet sich darauf vor, den Westen zu verklagen, sollte eines ihrer Vermögenswerte beschlagnahmt werden. Die CBR steht kurz vor dem Abschluss von Vereinbarungen mit internationalen Anwaltskanzleien, um die Interessen des Landes im Falle einer gerichtlichen Auseinandersetzung zu wahren, berichtet Bloomberg.

Die russischen Behörden haben Expertenmeinungen zu den einschlägigen ausländischen Rechtsvorschriften eingeholt und Präzedenzfälle in anderen Ländern wie Iran und Nordkorea geprüft, um ihre Position zu untermauern. Die Reserven der Zentralbank sind noch nie beschlagnahmt worden und gelten im Allgemeinen als unantastbar; die internationalen Abkommen, die ihren Status regeln, sind jedoch vage und unvollständig.

Die russischen Behörden haben Expertenmeinungen zu den einschlägigen ausländischen Rechtsvorschriften eingeholt und Präzedenzfälle in anderen Ländern wie Iran und Nordkorea geprüft, um ihre Position zu untermauern. Die Reserven der Zentralbank wurden noch nie beschlagnahmt und gelten im Allgemeinen als unantastbar; die internationalen Vereinbarungen, die ihren Status regeln, sind jedoch vage und unvollständig.

Auf die Frage nach möglichen westlichen Maßnahmen betonte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow, dass Russland solche Maßnahmen vor Gericht anfechten werde, und warnte vor möglichen Vergeltungsmaßnahmen. Peskow sagte: „Dies wird für diejenigen, die solche Entscheidungen treffen, sehr ernste gerichtliche und rechtliche Kosten nach sich ziehen“, und betonte die Bereitschaft des Kremls, jede Beschlagnahme in einem Gerichtsverfahren anzufechten, das sich über Jahrzehnte hinziehen könnte.

[bne IntelliNews - Russia prepares to take the West to court if it tries to seize the CBR's frozen money](#)

### **Banken in China und der Türkei kappen Berichten zufolge ihre Verbindungen zu russischen Banken**

Aus Angst vor Sekundärsanktionen der USA stellen chinesische Staatsbanken ihre Zusammenarbeit mit Russland Insidern zufolge in Frage. Laut der US-Nachrichtenagentur Bloomberg wollen Banken die Beschränkungen für die Finanzierung russischer Kunden verschärfen und grenzüberschreitende Transaktionen künftig stärker überwachen. Hintergrund sei ein Erlass von Ende Dezember (siehe Sanktionsupdate 01/2024), mit dem US-Präsident Joe Biden amerikanische Sekundärsanktionen gegen Banken aus Drittländern ermöglichte, die Transaktionen für sanktionierte Personen aus Russland durchführen oder bei der Versorgung der russischen Rüstungsindustrie helfen. Laut Bloomberg haben mindestens zwei chinesische Geldinstitute nun vor, ihre Beziehungen zu sanktionierten Kunden zu beenden und sämtliche Finanzdienstleistungen an die russische Rüstungsindustrie zu stoppen.

Auch türkische Banken haben laut einem Bericht des russischen Exilmediums Meduza inzwischen begonnen, ihre Zusammenarbeit mit russischen Banken zu beenden. Meduza bezieht sich auf einen Bericht der russischen Zeitung Kommersant unter Berufung auf Quellen, die im Finanzmarkt und Außenhandel tätig sind. Laut „Kommersant“ haben türkische Banken die Korrespondenzbankbeziehungen mit fast allen russischen Kreditinstituten gekündigt und auch die Zahlungsabwicklung eingestellt, ohne die Verträge formell zu kündigen. Eine Quelle merkte an, dass die türkischen Banken eine Ausnahme für ausländische Tochterbanken in Russland gemacht haben.

Quellen berichteten dem „Kommersant“, dass die Situation ab Sommer 2023 komplizierter wurde und sich nach dem 22. Dezember deutlich verschlechterte, als US-Präsident Joe Biden seine Anordnung zur Verhängung von Sekundärsanktionen gegen ausländische Unternehmen erließ, die Russland im Krieg unterstützen. Die Anordnung erlaubt es den US-Behörden, ausländische Banken vom US-Finanzsystem zu trennen, wenn sie gegen die Sanktionen gegen Russland verstoßen.

Am 16. Januar erklärte eine Quelle im türkischen Bankensektor gegenüber TASS, dass sich die türkischen Banken aufgrund Bidens Anordnung in einer „Warteschleife“ befänden, da das Dokument eine weit gefasste Formulierung enthalte, die weiterer Klärung bedürfe.

-----

### **Türkische Regierung kontert US-Sanktionen im Bankensektor**

Der Handel zwischen Russland und der Türkei floriert auch dank Grauexporten westlicher Güter. Diese sollten durch eine Maßnahme der US-Regierung vom Dezember 2024 deutlich erschwert werden (siehe Meldung oben). Am 22. Dezember US-Präsident Joe Biden einen entsprechenden Erlass über sogenannte Sekundärsanktionen unterzeichnet. US-Außenminister Anthony Blinken sprach das Thema Anfang Januar zusätzlich in der Türkei an. Brüssel hatte parallel Druck gemacht. Viele türkische Banken unterbrachen daraufhin laut Berichten aus Angst vor einer Vergeltung der USA ihre



Korrespondenzbeziehungen mit Russland und lehnten viele Zahlungen mit dem Hinweis auf „verbotene Produkte“ ab. Der Handel mit Russland stockte plötzlich aufgrund von Audits und Inspektionen durch die Behörden, erklärten die besorgten türkischen Exporteure.

Nun wird bekannt: Die türkische Regierung erklärt die Probleme der Exporteure zur Chefsache. Die Frage der Geldüberweisungen aus Russland sei bereits teilweise gelöst worden, berichtet die Berliner Zeitung unter Berufung auf einen Bericht der türkischen Zeitung Economim. Das Handelsministerium des Landes sei aktiv geworden, eine Liste der Unternehmen mit Zahlungsproblemen erstellt und jetzt sogar ermöglicht worden, dass die Überweisungen über die staatliche Emlak-Katılım-Bank abgewickelt werden.

Exportzahlungen der Textil-, Konfektions-, Schuh- und Lebensmittelbranche werden dem Bericht zufolge nun von der Emlak-Katılım-Bank entgegengenommen, die Automobil- und die Maschinensektoren warten ebenfalls auf eine Ausweitung des Anwendungsbereichs. Aus der Türkei kommen nach Berechnungen des Ifo-Instituts 13 Prozent aller Produkte nach Russland, die vom Westen sanktioniert sind, darunter Mikrochips und Kommunikationsgeräte. Deutsche Fahrzeuge stehen auch unter Verdacht, obwohl sie zum Großteil nicht unter Sanktionen stehen: Die Autobauer haben sich freiwillig entschieden, keine Wagen mehr nach Russland zu liefern.

Für sogenannte Güter mit doppeltem Verwendungszweck, wie Kommunikationsgeräte, hat die Regierung in Ankara noch keine Ausnahmen gemacht. Allerdings weist einiges darauf hin, dass auch hier ein Ausweg gefunden werden könnte. Die Türkische Exporteursversammlung (TIM) zeigte sich demnach zuversichtlich, dass „sich die Situation nach Januar verbessern wird“.

Einige Exporteure suchen zudem bereits nach anderen Lösungen, die von Banken unabhängig wären: Sie lösen das Problem über einen türkischen Vertreter, über Filialen der türkischen Banken in Russland oder mit Direktzahlungen per Karte über den Großen Basar, den berühmtesten Marktplatz in Istanbul, wie die türkische Zeitung berichtet.

Die russische Botschaft in Ankara und die Handelsvertretung stehen nach eigenen Angaben in intensivem Kontakt mit den zuständigen türkischen Behörden, um das Problem mit den Zahlungen grundsätzlich zu lösen. „Wir hoffen, dass wir durch die derzeitigen Bemühungen zu einer Lösung kommen, die sowohl die türkischen Exporteure von Produkten, die vollständig von den Sanktionen ausgenommen sind, als auch ihre russischen Partner zufriedenstellt“, zitiert Economim den russischen Botschafter in der Türkei, Alexei Jerchow. Grundsätzlich gilt: Eine weitere Umgehung der westlichen Sanktionen wird zwar immer schwieriger, aber nicht ganz unmöglich.

[Sanktionen der USA: Türkische Regierung rettet den Zahlungsverkehr mit Russland \(berliner-zeitung.de\)](#)

-----

## **Debatte in Washington über die Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte**

Laut einem Bericht der Agentur Bloomberg wird in den USA und der EU zunehmend die Beschlagnahmung eingefrorener russischer Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine erwogen. Der belgische Botschafter in den USA, Jean-Arthur Regibeau, sagte demnach bei einem Frühstück, sein Land denke „darüber nach, genau wie viele Menschen in Washington und anderswo“. Zwei Drittel der eingefrorenen russischen Guthaben befinden sich beim Brüsseler Abwicklungsriesen Euroclear.

In der US-Hauptstadt zirkulieren in Senat und Repräsentantenhaus bereits Gesetzentwürfe, die Präsident Joe Biden ermächtigen würde, das Vermögen zu beschlagnahmen und zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine zu verwenden. Beamte der Biden-Regierung setzen sich demnach aktiv mit ihren europäischen Amtskollegen mit der Frage auseinander, ob die Gruppe der sieben Staaten die Vermögenswerte direkt beschlagnahmen sollte, anstatt sie einfach einzufrieren oder die unerwarteten Gewinne aus der Verwaltung dieser Vermögenswerte zu besteuern.

„Jemand muss für alle Schäden in der Ukraine aufkommen, und der offensichtliche Verantwortliche ist Russland“, sagte Botschafter Regibeau vor Reportern. „Andererseits könnten wir Gefahr laufen, das Weltfinanzsystem in zwei verschiedene Seiten zu spalten. Die eine wäre der Westen und der Rest wäre die andere Seite. Würde das langfristige Folgen für die Finanzstruktur der Welt haben? Man kann auf beiden Seiten Argumente finden. Im Moment ist das eine laufende Diskussion.“

Die Diskussionen in der EU konzentrieren sich derzeit auf die Einführung einer „Windfall Tax“ auf die Gewinne aus den eingefrorenen Zentralbankguthaben. Aber selbst dieser kleinere Schritt kommt nur langsam voran, da mehrere Mitgliedsstaaten und die Europäische Zentralbank über die möglichen Auswirkungen auf die Stabilität des Euro besorgt sind.

### [Supply Chain Latest: Seizing Russian Assets - Bloomberg](#)

-----

## **Sanktionen wegen Nutzung nordkoreanischer Waffen**

Das US-Außenministerium hat laut einem Reuters-Bericht am 11. Januar Sanktionen gegen drei russische Einrichtungen und eine Einzelperson verhängt, die an der Weitergabe und dem Testen ballistischer Raketen aus Nordkorea für den Einsatz Russlands gegen die Ukraine beteiligt waren, so US-Außenminister Antony Blinken.

Dieser Schritt erfolgte zwei Tage nach einer gemeinsamen Erklärung der Vereinigten Staaten und ihrer Partner, in der Waffentransfers zwischen Nordkorea und Russland verurteilt wurden, einschließlich der Beschaffung nordkoreanischer ballistischer Raketen durch Russland und des Einsatzes dieser Raketen durch Moskau gegen die Ukraine am 30. Dezember und 2. Januar.

Sowohl Moskau als auch Pjöngjang haben sich seit Beginn des Ukraine-Konflikts einander angenähert, bestreiten jedoch, Waffengeschäfte zu tätigen. Der nordkoreanische

Staatschef Kim Jong Un traf sich im September letzten Jahres mit Präsident Wladimir Putin im Fernen Osten Russlands, und hohe russische Beamte haben Pjöngjang mehrmals besucht.

Anfang Januar erklärte das Weiße Haus unter Berufung auf neu freigegebene Geheimdienstinformationen, Russland habe ballistische Kurzstreckenraketen (SRBM) aus Nordkorea für mehrere Angriffe auf die Ukraine eingesetzt. Ein hochrangiger ukrainischer Beamter bestätigte später diese Aussage. Russland hatte unter anderem die ukrainische Stadt Charkiw mit mehreren Raketen angegriffen, wobei bei einem der größten Raketen- und Drohnenangriffe seit Beginn des großen Krieges im Februar 2022 zwei Menschen getötet und über 60 verletzt wurden.

[US imposes sanctions over transfer of North Korean ballistic missiles to Russia | Reuters](#)

-----

### **US BIS erweitert Russland-Exportkontrollen**

Das US Bureau of Industry and Security hat den Geltungsbereich der Sanktionen für die russische und belarussische Industrie erweitert, indem 95 sechsstellige Codes des Harmonisierten Zolltarifs (HTS) in die Liste der Güter aufgenommen wurden, für die eine Ausfuhr-, Wiederausfuhr- oder Verbringungsgenehmigung (innerhalb des Landes) nach Russland oder Belarus erforderlich ist, darunter bestimmte Chemikalien, Schmiermittel, Metalle, Flugzeugteile, Raumfahrzeugteile und Antennen;

[file \(doc.gov\)](#)

-----

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### **Australien**

#### **Sanktionen gegen russischen Hacker**

Australien, das Vereinigte Königreich und die USA haben den Russen Aleksandr Gennadievich Ermakov für seinen Cyberangriff auf das private Netzwerk der Medibank im Jahr 2022 sanktioniert, bei dem 9,7 Millionen Datensätze gestohlen wurden. Dies ist die erste Anwendung der australischen Cyber-Sanktionsbefugnisse, die 2021 eingeführt wurden.

[Cyber sanctions in response to Medibank Private cyber attack | Australian Minister for Foreign Affairs \(foreignminister.gov.au\)](#)

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### **EU-Strategiepapier erwägt Sanktionen gegen Ungarn**

In Brüssel wächst die Nervosität, heißt es in einem Beitrag des österreichischen Kurier. Am 1. Februar kommen die Staats- und Regierungschefs zu einem Sondergipfel in Brüssel zusammen. Der wurde vor Weihnachten in aller Eile anberaumt, weil Ungarn auf dem regulären EU-Gipfel das mehrjährige EU-Budget und damit zugleich auch die geplanten Hilfsgelder für die Ukraine blockiert hatte. Es geht um rund 50 Milliarden, die aus dem EU-Budget in den kommenden Jahren nach Kiew fließen sollen. Viktor Orban, ungarischer Ministerpräsident, weigerte sich bislang, das Paket freizugeben. Und da das langfristige EU-Budget, aber auch außen- und sicherheitspolitische Fragen in der EU nur einstimmig beschlossen werden können, reichte Orbans Veto aus, um das Ganze lahmzulegen.

Die EU-Kommission hatte eigens im Dezember - nicht zufällig nur Stunden vor dem EU-Gipfel - einen Teil der „eingefrorenen“ EU-Gelder für Ungarn frei gemacht. Rund 20 Milliarden für Ungarn werden zurückgehalten, weil das Land in Justizfragen, aber auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nach EU-Regeln spielt. Die offizielle Erklärung der EU-Kommission, Ungarn habe erfolgreich erste Reformen durchgeführt, wollte kaum jemand glauben. EU-Parlamentarier sprachen offen von „Bestechung“ für Orban.

Seither laufen hektische Verhandlungen zwischen Budapest, anderen EU-Hauptstädten wie Paris und Brüssel. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron empfing Orban zum Gespräch, um einen Kompromiss zu finden. Anfang dieses Monats hatten EU-Vertreter angedeutet, dass sie für eine Halbzeitüberprüfung des vierjährigen Unterstützungspakets im Jahr 2025 offen sein könnten. Dies würde es Ungarn ermöglichen, Einspruch gegen das Finanzierungspaket zu erheben, so hieß es aus dem Umfeld der Gespräche. Dies hätte auch einen sogenannten „Notbremsen“-Mechanismus beinhaltet, den jeder Mitgliedstaat aktivieren könnte, wenn er Bedenken hat und eine Debatte über die Angelegenheit verlangen möchte, sagten sie. Einige der von Orbán vorgeschlagenen Ideen, wie die jährliche einstimmige Genehmigung der Hilfe für die Ukraine, seien für viele EU-Mitgliedstaaten hingegen nicht akzeptabel.

Aus Budapest kamen erste versöhnliche Signale: Die Regierung in Budapest sei nun offen dafür, das vorgeschlagene Paket im Volumen von 50 Milliarden Euro unter bestimmten Bedingungen über den EU-Haushalt zu finanzieren, sagte Balazs Orban, der politische Chefberater von Orban, am 29. Januar. Ungarn habe Brüssel einen entsprechenden Vorschlag überstellt. Gleichzeitig aber wirft Ungarns Minister für EU-Angelegenheiten, Janos Boka, Brüssel Erpressung vor und bezieht sich dabei offensichtlich direkt auf die jüngsten Berichte.

Die Financial Times berichtet tatsächlich über ein Strategiepapier, mit dem die EU-Kommission Druck auf Orban ausüben möchte. Wenn Orban nicht nachgibt, sollten andere EU-Staats- und Regierungschefs öffentlich drohen, alle EU-Finanzierungen für Budapest dauerhaft einzustellen. So würde man die Märkte verunsichern und einen Run auf den ohnehin schwachen ungarischen Forint auslösen. Das massiv verschuldete Ungarn würde so vor einem massiven Anstieg der Kreditkosten stehen. Vertreter des EU-Rates kommentieren den Bericht der Financial Times abwägend. Es seien "nicht offizielle

Anmerkungen, die nicht den Stand der aktuellen Verhandlungen über das längerfristige EU-Budget abbilden".

Tatsache aber ist, so schreibt der Kurier: Im politischen Konflikt mit Ungarn seien immer mehr EU-Staaten bereit, auch zum Äußersten zu gehen. So wird auch hinter den Kulissen über ein sogenanntes „Artikel 7“-Verfahren gegen Ungarn diskutiert: Das ist die in den EU-Verträgen vorgesehene Beschränkung der Rechte eines Mitgliedslandes, das gegen diese Verträge verstößt. Die Strafmaßnahmen reichen vom Entzug von Stimmrechten bis hin zum vorübergehenden Ausschluss aus der Union. In Brüssel läuft dieses Verfahren unter dem makabren Spitznamen „nukleare Option“.

Doch vor dieser schreckten offensichtlich doch viele EU-Spitzenvertreter zurück, so auch Österreich. EU-Ministerin Karoline Edtstadler etwa habe sich gegen die Einleitung eines solchen Verfahrens ausgesprochen: Es führe nur zu endlosen Verfahren, die im Endeffekt im Sand verlaufen würden. Das aber hält EU-Spitzendiplomaten nicht ab, das zumindest als „ernsthafte Möglichkeit“ zu beschreiben. Die Geduld mit Orbán habe anscheinend ein Ende, kommentierte ein politischer Analyst gegenüber der Financial Times und fasst die Stimmung in Brüssel pointiert zusammen: „Ungarn hat vielleicht eine Pistole, aber wir haben die Panzerfaust“.

[Streit um Milliarden für Ukraine: EU rüstet sich für Wirtschaftskrieg mit Ungarn | kurier.at](#)

[Ukraine-Gipfel: Geduld mit Ungarn schwindet – Euractiv DE](#)

[Financial Times | EU drafts plan to cripple Hungarian economy if Orbán blocks Ukraine cash \(pressreader.com\)](#)

## 8. Termine

---

### **14. Februar 2024      Ukraine 2024 - Economic Outlook and EU Rapprochement | online**

Am 14. Februar lädt der Ost-Ausschuss von 15:00 bis 16:15 Uhr zu einem Online-Briefing mit dem Titel "Ukraine 2024 - Economic Outlook and EU Rapprochement" in englischer Sprache ohne Übersetzung ein. Es referieren Wirtschaftsexperten zur wirtschaftlichen Lage in der Ukraine und Vertreter der EU-Kommission zu den Perspektiven für die EU-Beitrittsgespräche.

Weitere Informationen zu den Inhalten des Briefings und Anmeldeöglichkeiten finden Sie hier:

[Ukraine 2024 - Economic Outlook and EU Rapprochement | online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 9. Tipps & Links

---

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

-----

### **Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:**

Zur sorgfältigen Umsetzung der EU-Sanktionen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz einen **Leitfaden für Unternehmen** veröffentlicht:

[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](#)

-----

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of common high priority items - European Commission \(europa.eu\)](#)

-----



Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

-----

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

-----

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

-----

**BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:**

[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](#)

**FAQ zu den EU-Sanktionen:**

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ können Sie über diese Seite verfolgen:

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

-----

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

## **Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

## **Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

## **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

## **GTAI-Sanktionsübersicht**

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

## **AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.russia.com\)](https://www.aeb.russia.com/news)

## **AHK Belarus Krisenhotline**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

-----

## **Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine**

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

-----

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz | Leiter Public Affairs

[a.metz@oa-ev.de](mailto:a.metz@oa-ev.de)  
T. +49 (0)30 206167-120  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)

@OstAusschuss  
in f X @ ▶